

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/75

Bonn, den 20. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

"Wir gehen auf die Dörfer"

98

Wahlkampfeindrücke von Baden-Württemberg

Von Margarete Berger-Heise, MdB

3 - 4

Mit Blickpunkt Europa

68

Junge Italiener zu Gast bei den deutschen Jungsozialisten

Von Horst Seefeld, Bundessekretär der Jungsozialisten

4

Prügelkrabe Bundesrepublik

53

Zur beabsichtigten Verlängerung

des polnisch-sowjetrussischen Freundschaftsvertrages

5 - 6

Hoffnung in Griechenland

63

Positive Maßnahmen der Regierung Papandreu

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

"Wir gehen auf die Dörfer"

Wahlkampfandrücke von Baden-Württemberg

Von Margarete Berger-Heise, MdB

Hier am Neckar, in der rauhen Gegend zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb, sind Mitte April die Anzeichen des Frühlings und der Landtagswahl, die am 26. d. M. stattfindet, auch gleichermaßen selten.

Wenn es stimmt, daß sich nur zwei Prozent der Wähler von einem Plakat beeinflussen lassen, so sind die in jedem Wahlkreis, in jedem Weiler angesetzten Versammlungen wahrscheinlich sinnvoller als Plakate, denn zumindest wollen Wähler und Parteivertreter miteinander "diskutieren".

Zur Landtagswahl 1960 gaben allerdings von fünf Millionen wahlberechtigten Baden-Württembergern nur drei Millionen ihre Stimme ab, 39,5 Prozent für die CDU, 35,5 Prozent für die SPD, 15,8 Prozent für die FDP und 6,6 Prozent für den BHE, der jetzt GdP heißt und die Fünf-Prozent-Hürde ebensowenig nehmen wird, wie die Deutsche Friedens-Union, die hier erstmals für eine Landtagswahl Kandidaten aufstellt.

In den über 200 Städten und Städtchen dieses Landes mit sieben Millionen Einwohnern, stehen sozialdemokratische Kommunalpolitiker oft an der Spitze, in den Dörfern ist noch viel aufzuholen. Zwei, drei Mitglieder, die ein Plakat an "Adler" oder der "Traube" festmachen, ein Zettel im Aushang am Gemeindehaus - dann ist der Bann gebrochen und fast immer nehmen der Lehrer, ein paar Mitglieder des Gemeinderats und oft auch der Bürgermeister an den Gesprächen teil, die zumeist bis weit nach Mitternacht andauern.

Unruhige Bauern

Die Bauern sind unruhig, sie spüren, die Bundesregierung und ihre Landesregierung verschweigen ihnen die unausbleiblichen Folgen der EWG, des wirtschaftlichen Zusammenschlusses von 170 Millionen Menschen. Der Markt in der Bundesrepublik hat einen Jahresumsatz von 40 Milliarden DM, um ihn kämpfen die agrarischen Überschmeländer Frankreich, Italien und Holland mit dem deutschen Landwirt. Dieser fühlt sich unzulänglich auf diesen Kampf vorbereitet. Mindestens bis 1961 sind die Mittel des "Grünen Plans" nicht für die notwendigen Strukturveränderungen eingesetzt worden. Noch immer ist der Entwicklungsplan nicht vorhanden, den die SPD-Landtagsfraktion seit langem forderte und der wenigstens in diesem Lande bis 1970 eine Linie vorzeichnen sollte.

88 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg sind kleiner als 10 ha und 67 Prozent sogar kleiner als 5 ha. Von 1949 bis 1960 haben 16 Prozent der Betriebe ihr Land verkauft oder verpachtet. In den Dörfern, die im Einzugsgebiet einer Industriestadt liegen, gibt es bereits mehr Wochenendbauern, mehr Nebenerwerbssiedler, mehr Pendler als Bauern. Über die Hälfte der Erwerbspersonen Baden-Württembergs sind heute schon in der Industrie beschäftigt und diese Entwicklung hält an. Die verbleibenden Bauern müssen, um auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben, rationeller arbeiten können, müssen heraus aus ihren beengten Ortslagen und wissen, daß bei dem bisherigen Tempo der Aussiedlung und der Flurbereinigung die letzten in 25 Jahren an der Reihe sein werden.

250.000 DM kostet heute die Aussiedlung eines mittleren Landwirtschaftlichen Betriebes, die sich trotz staatlicher Hilfen ergebende Verschuldung für die nächsten 50 Jahre wollen die Eigentümer aber nur dann auf sich nehmen, wenn ihnen die Bundesregierung endlich klaren Wein über ihre Agrarpolitik einschenkt.

Sorgen der Pendller

Zwischen Lauterbach, dem Dorf mit 1.250 Einwohnern, und dem benachbarten Uhrenindustrie-Zentrum Schramberg, mit den Jungheims-Werken, pendeln täglich 600 Arbeiter. Sie klagen besonders über den rückständigen Schulbetrieb und haben Wohnungssorgen. In Lauterbach gibt es je eine katholische und evangelische Schule, jede hat zwei Klassen. Die beiden Schulen zusammenlegen und die Kinder, die sich ja nächster in der Industriewelt behaupten sollen, wenigstens vier Klassen absolvieren zu lassen, verbietet ein besonderes Gesetz für Württemberg-Hohenzollern, das die Bekenntnisschule vorschreibt. 48 Kinder unterrichtet der Herr Lehrer in der einklassigen Schule von Mühlhausen, das Dorf liegt nur wenige Kilometer von den Industriestädten Villingen und Schwenningen entfernt. Es fallen bittere Worte in den Versammlungen über das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land, obwohl auch in den Stadtschulen Lehrermangel herrscht und das neunte Schuljahr noch immer nicht obligatorisch ist.

Von den 72 Stadt- und Landkreisen im Lande Baden-Württemberg sind 58 bereits sogenannte "weiße Kreise", d.h. es fehlen angeblich dort weniger als drei Prozent Wohnungen. "Uns fehlen noch so viele Wohnungen", sagt der Bürgermeister von Schwenningen, der Stadt, die mit ihren Uhrenfabriken von Mauthe und Kienzle Einzugsgebiet für die Landbevölkerung ist, und außerdem Italiener, Franzosen und Jugoslawen beherbergt, "aber wir liegen im 'weißen Kreis', und darum sind bei uns sowohl die Wohnraumbewirtschaftung, die Preisbindung, als auch der Mieterschutz aufgehoben."

Machtloser Bürgermeister

Im idyllisch gelagerten Luftkurort Lauterbach müssen die Wohnungssuchenden enger zusammenrücken oder abwandern, denn die Besitzer freier Wohnungen haben herausgefunden, daß die kurze Vermietung während der paar Saisonwochen ertragreicher und angenehmer ist, als die Dauervermietung an Einheimische. Der Bürgermeister ist machtlos dagegen und die geringe Finanzkraft des Dorfes reichte bisher nur zum Bau von ganzen vier Wohnungen aus.

Auch hier steigen die Baupreise schneller als die Löhne und trotz Landesdarlehen, Bausparvertrag und vieler Selbsthilfe traut sich der Uhrkenntnisarbeiter nicht mehr an den Bau eines eigenen Häuschens heran. Das Darlehen ist zu knapp und der Zins- und Tilgungsdienst zu hoch. Von der SPD erwartet er mehr Verständnis für seine Lage und bessere Gesetze.

Der Landwirt aber läßt sich nicht mehr von Wahlstrategen gegen den Industriearbeiter ausspielen, er weiß, wir müssen Industrieprodukte exportieren, wenn die Wirtschaft florieren soll. Er weiß, nur wenn der Industriearbeiter beschäftigt ist und gut verdient, kann auch er für seine Agrarprodukte rentable Preise erwarten.

Mit der Konservierung des Bestehenden haben früher das Zentrum und dann die CDU auf dem Lande Politik gemacht. Es hörte sich in den Wirtschaftshäusern so an, als wäre diese Zeit vorbei, und um diesen Prozeß zu beschleunigen, geht die SPD auch auf die kleinsten Dörfer.

Mit Blickpunkt Europa

Junge Italiener zu Gast bei den deutschen Jungsozialisten Von Horst Seefeld, Bundessekretär der Jungsozialisten

Zum ersten Mal traf sich der Bundesausschuß der deutschen Jungsozialisten mit dem Nationalkomitee einer ausländischen Bruderorganisation. Zwei Tage lang war der Vorstand der Federazione Giovanile Socialisti Italiana, der Jugendorganisation der Saragat-Sozialdemokraten, in Stuttgart Gast der deutschen Jungsozialisten.

Fünzig junge Sozialdemokraten aus zwei europäischen Ländern diskutierten bei dieser Zusammenkunft Fragen der Zusammenarbeit und die Problematik der italienischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner beglückwünschte im Auftrag des SPD-Parteivorstandes die Jungsozialisten zu diesem Vorhaben. Er sagte, die Jungsozialisten haben somit die Tür geöffnet zu engeren freundschaftlichen Beziehungen beider Völker. Als Vertreter der italienischen Parteiorganisation PSDI überbrachte der Abgeordnete Alberto Bemporad die Grüße des italienischen Außenministers Saragat.

Der Hauptteil der Stuttgarter Tagung bestand in zwei Arbeitskreisen. deren Ergebnisse der Generalsekretär der italienischen Jungsozialisten Bruno Palmiotti, und der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Dr. Günther Müller, im Plenum einbrachten. Aus den Beschlüssen dieser Tagung darf erwartet werden, daß eine Reihe von Aktivitäten künftig gemeinsam durchgeführt wird. Beide Grenzen bestätigten, daß ihre bilaterale Zusammenarbeit als ein Schritt auf dem Wege zur Einigung Europas betrachtet werden muß. Sie begrüßten deshalb, daß von sozialdemokratischer Seite der Versuch unternommen wird, ein europäisches Jugendwerk ins Leben zu rufen. In Zukunft sollen gemeinsam Seminare und Tagungen zu wichtigen politischen Problemen durchgeführt werden. Bei den nationalen Zusammenkünften werden Referenten anderer Organisationen hinzugezogen. Die Bezirksorganisationen sollen miteinander in Partnerschaftsverhältnisse treten. Publikationen der verschiedensten Art werden künftig ausgetauscht. In einer besonderen Schrift wollen die Jungsozialisten ihren italienischen Freunden die Problematik der Spaltung Deutschlands aufzeigen. Von italienischer Seite wird den Deutschen eine Übersicht über die Entwicklung in Südtalien gegeben. Als Ausdruck des verstärkten Willens der Zusammenarbeit wurde eine Kommission gebildet, der von jeder Organisation drei Vertreter angehören und die in Zukunft die gemeinsamen Vorhaben planen und vorbereiten wird.

Sehr eindrucksvoll waren die Berichte, die über das Leben der Gastarbeiter in der Bundesrepublik gegeben wurden. Ein großer Katalog zeigt viele Punkte auf, die künftig durch Vermittlung der SPD aufgegriffen werden sollen. Die Jungsozialisten bestätigten, daß von deutscher Seite große Anstrengungen gemacht werden müssen, um den Menschen, die ihre Arbeitskraft der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stellen, auch den Aufenthalt in ihrem Gastland so angenehm wie möglich zu gestalten. In einem Abschlussskizzen warfen beide Organisationen ihren Regierungen vor, sich nicht genügend um die italienischen Gastarbeiter bemüht zu haben. Die Regierungen beider Länder wurden aufgefordert, vor allem die sozialen Fragen miteinander zu klären.

Vom Bundesausschuß der Jungsozialisten erging von der Stuttgarter Tagung aus ein Appell an alle Gruppen, sich noch mehr als bisher um die Gastarbeiter in Deutschland zu kümmern. Jede Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaft soll in ihrer Gemeinde Kontakte zu diesen Menschen auf-

nehmen. Von italienischer Seite wurde betont, daß bereits jetzt zahlreiche Mitglieder der Jugendorganisation und der Partei in Deutschland arbeiten, die sich in Gruppen zusammenschließen wollen. Die deutschen Jungsozialisten werden ihnen bei diesem Bemühen behilflich sein.

Aus den Diskussionen ging weiterhin hervor, daß gewisse Klischee-Vorstellungen das Verhältnis zwischen Italienern und Deutschen trüben. Es wurde deshalb als besonders notwendig erachtet, das Mögliche zum Abbau der Vorurteile, die gegeneinander bestehen, beizutragen.

Beide Seiten brachten zum Abschluß der Tagung ihren Willen zum Ausdruck, Zusammenkünfte dieser Art fortzusetzen. In den langen Diskussionen innerhalb und ausserhalb der Konferenz kamen sich die jungen Sozialdemokraten beider Völker näher. Es war nicht nur die Geste der Höflichkeit, als der Sprecher der Italiener seine deutschen Freunde zu einem Gegenbesuch nach Rom einlud. Die Jungsozialisten in Deutschland und Italien wollen gemeinsam dazu beitragen, auf dem Weg nach Europa einen weiteren Schritt voranzukommen.

+ + +

Prügelknabe Bundesrepublik

sp - Offensichtlich braucht der Kommunismus sowjetischer Prägung, um der Schwierigkeiten im eigenen Lager Herr zu werden, einen Prügelknaben. Das Polen Gomulkas leistet ihm dabei hochwillkommene Hilfeleistung. Nur so ist die gemeinsame Erklärung zum Abschluß des Besuches der polnischen Partei- und Regierungsdelegation in Moskau aus Anlaß des 70. Geburtstag Chruschtschows zu verstehen. Beide Staaten beabsichtigen die Verlängerung des zwischen ihnen bestehenden Freundschaftsvertrages um 20 Jahre, der um den Passus ergänzt werden soll, daß "die polnisch-deutsche Grenze an Oder und Neiße endgültig festliegt und der erste friedliebende deutsche Staat, die Deutsche Demokratische Republik, gegründet worden ist". Die Verlängerung sei raten "auf Grund des Wiederauflebens des westdeutschen Imperialismus und seiner Revanche suchenden Politik". Die Erklärung nimmt vorweg, was völkerrechtlich nicht der Wirklichkeit entspricht. Es ist eine einseitige Stellungnahme. Sie verweigert dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung, sie will die kommunistischen Eroberungen in Mitteleuropa und die Spaltung Deutschlands endgültig fixieren. Chruschtschow und auch Gomulka nehmen wohl an, durch die Härte ihrer Standpunkte in der Deutschlandfrage sich von dem Vorwurf der chinesischen Kommunisten, sie wären aufgeweicht und neigten zum Reformismus, frei machen zu können.

Polen besitzt in der Bundesrepublik viele Freunde. Eine neue Generation, vom Dritten Reich unbelastet, ist inzwischen herangewachsen und sucht Verständigung auch mit den östlichen Nachbarn. Ist in Polen das Bestreben der Vertriebenenverbände, gute Nachbarschaft zwischen Staaten, Völkern und Menschen zu sichern, unbemerkt geblieben? Nimmt die polnische kommunistische Regierung den Gewaltverzicht nicht zur Kenntnis? Sie pflegt ein schauerlich verzerrtes Deutschlandbild, das in Widerspruch zu den Realitäten steht. Gomulka vergißt wohl die Geschichte seines eigenen leidgeprüften Volkes. Es hat sich niemals mit der Spaltung abgefunden. Gomulka übersieht, daß dieselben Antriebskräfte, die das einst dreigeteilte Polen zur staatlichen Einheit zusammenführten, auch im deutschen Volk wirksam sind. Das ist und bleibt eine Realität, die auch die beabsichtigte Verlängerung des Freundschaftsvertrages zwischen Warschau und Moskau nicht wegfeigen kann.

+ + +

20. April 1964

Hoffnung in Griechenland

Positive Maßnahmen der Regierung Papandreu

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die politische Situation in Griechenland hat sich bereits zwei Monate nach den Parlamentswahlen grundlegend verändert. Die neue Regierung unter Papandreu begann ihre Arbeit, indem sie verschiedene Gesetzes-Entwürfe einbrachte, die eine Reform des Schulwesens und der Verwaltung sowie eine finanzielle Gesundung des Landes betreffen. Fast täglich werden Untersuchungsberichte veröffentlicht, die von verschiedenen Gremien hoher Richter erstellt worden sind und die Mißstände auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens betreffen. Die Ergebnisse sind erschütternd: sie zeigen die Auswüchse, die das damals herrschende Ein-Parteien-System hervorgebracht hat, und die grenzenlose Unverantwortlichkeit, mit der in den verschiedensten Ressorts gewirtschaftet und regiert wurde. Der Bericht eines hochgestellten Beamten des griechischen Arbeitsministeriums, der kürzlich die Lebensbedingungen der in der Bundesrepublik lebenden 130.000 griechischen Gastarbeiter untersuchte, brachte ein völliges Versagen der innergriechischen und im Ausland tätigen griechischer Behörden zu Tage, die ihre in Deutschland lebenden Landsleute einfach ihrem Schicksal preisgaben und ihnen keinerlei Unterstützung angedeihen ließen. Auch schilderte der Bericht, daß das Regime Karamanlis statt dessen ein Netz von Verfolgungen und Intrigen gegen die nicht regierungstreuen Gastarbeiter und Studenten spann.

Ziel: Steigerung des Lebensstandards

Jedoch begnügt sich die Regierung Papandreu nicht damit, nur die Negativa ihrer Vorgängerin ans Tageslicht zu fördern - die Verantwortlichen werden den Gesetzen gemäß zur Verantwortung gezogen werden -, sie widmet sich vielmehr in der Hauptsache der positiver Arbeit für die Zukunft. Besonderen Eifer zeigt sie dabei auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Man hat wesentliche Zeit verloren und muß sich nunmehr, nach der Assoziation Griechenlands mit der EWG, bemühen, die Voraussetzungen einer Anpassung des Lebensstandards in Griechenland an das Niveau der westlichen Partner-Länder zu schaffen. Vor allem sind zu diesem Zweck größere Investitionen für die einheimische Industrie und eine Unterstützung der Landwirtschaft beim Export ihrer Produkte vorgesehen. Wichtig ist die programmatische Erklärung der Regierung, ab 1964 sollten die schaffenden Schichten der Bevölkerung in den Genuß eines ge-

rechter Anteile am Sozialprodukt kommen. Es ist eine Steuerreform geplant, die den niedrigen Einkommen eine Entlastung und der privaten Industrie und den höheren Einkommen eine stärkere Heranziehung zu öffentlichen Abgaben bringen soll.

Gerade bei diesen Reformen kommt dem Sohn des gegenwärtigen Ministerpräsidenten, Andreas Papandreu, die wichtige Position des Koordinators zu. Er hat über 20 Jahre in den USA gelebt, war dort Professor und schuf sich einen Stab aus jüngeren griechischen Wissenschaftlern, die er mit sich in das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit brachte. Seitdem weht ein erfrischender Wind unbürokratischen Denkens in der griechischen Verwaltung.

Weg vom Polizeistaat

Was man weiterhin überall in Griechenland spürt, ist der Wechsel vom Polizeistaat zur Demokratie. Endlich beginnen die in der Verfassung garantierten unveräußerlichen Menschenrechte Wirklichkeit zu werden. Charakteristisch dafür sind die Worte des neuen griechischen Königs bei seiner sich an die Verteidigung anschließenden Thronrede: "Ich bin zu tiefst der Überzeugung, daß ich König sämtlicher Griechen bin. Alle Bürger sind ohne Ansehen ihrer politischen Überzeugung gleich vor Gesetz und Verwaltung. Meine Macht ist die Liebe meines Volkes." Diese Worte wurden von allen Seiten des Parlaments begeistert akklamiert. Und in der Tat ist es z.B. neu, daß der staatliche Rundfunk nunmehr auch über Äußerungen der Linken und rechten Opposition berichtet. Die Regierung beabsichtigt im Übrigen, nachdem die demokratischen Freiheiten und Grundrechte wiedergekehrt sind, auch den Gewerkschaften Griechenlands die Gelegenheit zu freier Betätigung zu geben.

Problematisch ist nach wie vor der durch die Zypern-Krise hervorgerufene Konflikt mit der Türkei. Auch er ist ein Überbleibsel des früheren Regimes, das durch die Verträge von Zürich und London im Jahre 1959 der heutigen Krisenherd schuf. Die besonnene und mäßigende Haltung der Regierung Papandreu läßt immer noch auf eine friedliche Beilegung des Konflikts hoffen, wenn auch langwierige und schwierige Bemühungen von beiden Seiten erforderlich sein mögen.